



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Der Deutsche Buchdrucker-Verein. — Feuilleton: Was ist Geld? — Die Vereinnahmung der Arbeiterfeinde gegen Tarifverträge. — Wahnsinnige Scharfmacher-Phantasien. — Korrespondenzen (Dresden, Halle a. S.). — Anzeigen.

Beilage: Den organisierten Arbeitern zur Beachtung. — Die deutschen Gewerkschaftsartikelle im Jahre 1911. (III.) — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 7. bis 13. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezzeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Mit dem 1. Juli d. J. tritt folgende **Gau-einteilung** ein:

- Gau 1:** Elberfeld, Essen, Köln, Lüdenscheid.
- Gau 2:** Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Mainz.
Gaulleiter für beide Gaue: Anton Kalb, Frankfurt a. M., Herbartstr. 2 III.
- Gau 3:** Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Mühlhausen, Straßburg, Stuttgart.
Gaulleiter: Hugo Werner, Stuttgart, Eßlingerstr. 19.
- Gau 4:** Augsburg, Kaufbeuren, Kempten, München, Regensburg.
Gaulleiter: Albert Schmid, München, Baaderstr. 21.
- Gau 4a:** Nürnberg, Schwabach, Würzburg.
Gaulleiter: Karl Reckling, Nürnberg, Innere Cramer Kettstr. 11.
- Gau 5:** Bauen, Chemnitz, Dresden, Zittau, Zwickau.
Gaulleiter: Franz Herrmann, Dresden, Kaufbachstr. 16 I.
- Gau 6:** Altenburg, Grimnitzschau, Erfurt, Gera, Gotha, Grimma, Halle a. S., Leipzig, Raumburg, Saalfeld, Weimar.
Gaulleiter: Otto Schulze, Leipzig, Lauchaerstr. 19/21 I.
- Gau 7:** Breslau, Brieg, Danzig, Elbing, Görtz, Gitschberg, Königsberg, Liegnitz, Neutode, Stettin, Waldenburg.
Gaulleiter: Franz Behrendt, Danzig, Halbe Allee, Fahrheitsstr. 10 II.
- Gau 8:** Berlin.
Gaulleiter: Otto Glöth, Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 5, Hof II.
- Gau 8a:** Brandenburg, Dessau, Eberswalde, Magdeburg, Stendal, Wittenberg.
Gaulleiterin: Auguste Boffe, Magdeburg, Altes Fischerufer 22.
- Gau 9:** Braunschweig, Gronau, Hannover, Herford, Hilbesheim, Osnabrück-Melle.

Gaulleiter: Wilhelm Sparfuß, Hannover, Nikolaistr. 7, Zimmer 30.

Gau 10: Hamburg, Kiel, Schwerin.
Gaulleiter: Hermann Bohje, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer 44.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein

hielt am 2. und 3. Juni seine diesjährige Hauptversammlung in Breslau ab. Allgemein war man gespannt auf den Ausgang dieser Tagung, weil die letzten Ereignisse im Buchdruckgewerbe ziemlich kritischer Natur waren. Die Revision des Buchdrucker-Tarifes im vorigen Jahre hat sowohl unter der Gehilfenschaft als auch unter einem sehr beträchtlichen Teil der Prinzipale eine Stimmung ausgelöst, die alles anderes, denn friedlich genannt werden konnte. Wenn man aber erwartete, daß es in Breslau fürmische Lage geben wird, dann hat man sich einer Täuschung hingeeben. Mag sein, daß es vielleicht verschiedentlich Zusammenstöße gegeben hat, aber man muß es der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins lassen, sie versteht es meisterhaft in ihrer offiziellen Berichterstattung so gut wie gar nichts zu berichten. Wir brauchen daher auch gar keine Gelegenheit zu nehmen, uns mit dieser Tagung zu beschäftigen, wenn nicht ein dort einstimmig gefaßter Beschluß von sehr weittragender Bedeutung uns hierzu zwingen würde. Bevor wir aber darauf eingehen, möchten wir aus dem der Hauptversammlung erstatteten Bericht des Vorstandes einiges hervorheben, was für uns Hilfsarbeiter immerhin von Interesse ist. Die Mitgliederzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1912 von 4756 auf 4834 gestiegen. Die Zahl der von diesen Druckerbestehern beschäftigten Gehilfen stieg von 50377 auf 50933. Die Zahl der beschäftigten Hilfskräfte wird leider nicht angegeben und es ist auch schwer, Schätzungen nach dieser Richtung hin vorzunehmen. Durch den vorhin erwähnten Beschluß dürften wir allerdings im nächsten Jahre diese Zahlen in Erfahrung bringen. Ueber die Größe der dem Deutschen Buchdrucker-Verein angehörenden Firmen kann man sich aus folgenden Zahlen ein Bild machen:

weniger als 5 Gehilfen beschäftigten	2587 Betriebe
6—20 "	1832 "
21—50 "	349 "
51—100 "	117 "
mehr als 100 "	52 "

Die Einnahmen betragen 113 168 Mk., die Ausgaben 111 802 Mk. Das Vereinsvermögen betrug am 1. Januar d. J. 50 853,46 Mk. Es ist notwendig, von diesen Zahlen Notiz zu nehmen, um zu einer entsprechenden Würdigung der gefaßten Beschlüsse zu kommen.

Ueber die Hilfsarbeitertariffrage wird in dem Bericht folgendes gesagt:

„Der vorjährige Hauptversammlung lag unter anderem auch die Frage vor, ob die mit

Ende 1911 ablaufenden „Allgemeinen Bestimmungen über die Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals in Buchdruckereien“ einer Revision unterzogen und eventuell erneuert werden sollten. Die Hauptversammlung entschied sich gegen eine bedeutende Minderheit dafür, die Verhandlungen mit der Hilfsarbeiterorganisation über die Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“, die die Grundlage für den Abschluß der örtlichen Tarife bilden, dem Hauptvorstand zu übertragen mit der Maßgabe, daß an dem bisherigen fakultativen Charakter des Hilfsarbeitertarifs nichts geändert werde. Der Hauptvorstand wählte für die Beratungen mit den Hilfsarbeitern eine Kommission von sieben Mitgliedern, die Vollmacht erhielt, nach Erledigung der Revision des Gehilfentarifs mit einer gleichstarken Kommission der Hilfsarbeiter in Verhandlungen einzutreten und einen neuen Tarif abzuschließen. Die Kreis- und Bezirksvereine unseres Vereins wurden zur Stellung von Anträgen auf Abänderung der „Allgemeinen Bestimmungen“ aufgefordert; die eingegangenen Anträge wurden von der genannten Kommission beraten und formuliert, und zu einem vereinbarten Termin mit denjenigen der Hilfsarbeiter ausgetauscht. Die Hilfsarbeiter ihrerseits hatten nun jedoch mit dem Antrag auf Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“ zugleich deren Kündigung verbunden, so daß, wenn die Revision nicht gelang, die „Allgemeinen Bestimmungen“ mit Ende 1911 außer Kraft traten, während sie andernfalls, auch wenn bezüglich der Revision eine Einigung nicht zu erzielen war, bis Ende 1913 in Kraft blieben. Gleichzeitig mit der Kündigung der „Allgemeinen Bestimmungen“ war auch die aller örtlichen Hilfsarbeitertarife erfolgt.

Der Eintritt in die Revisionsverhandlungen verzögerte sich zunächst durch die späte Fertigstellung des Gehilfentarifs infolge der langen Dauer der Beratungen des Tarifausschusses und der durch die gänzliche Umarbeitung des Buchdrucker-Tarifs dem Tarifamt erwachsenden großen redaktionellen Bearbeitung der Beschlüsse. Bevor aber der Gehilfentarif nicht endgültig feststand, konnten wir uns in eine Revision des Hilfsarbeitertarifs nicht einlassen. Einen weiteren Grund für die Hinausschiebung der Revisionsverhandlungen gaben die Hilfsarbeiter durch ihre Teilnahme an dem Streit der Lithographen und Steindruckern in Leipzig, wo sie sich teilweise unter Kontraktbruch der Lohnbewegung der Steindruckergewerkschaft anschlossen. Eine Aussprache über diesen Punkt mit der Leitung der Hilfsarbeiterorganisation führte zu keiner Verständigung. Die Hilfsarbeiter machten geltend, daß von der in verschiednen Leipziger Steindruckereien vorgenommenen Aussperrung der Lithographen und Steindruckern auch die Hilfsarbeiter betroffen worden seien, also Massenkündigung vorliege, die tariflich nicht zulässig sei. Diese Kündigungen mußten aber um deswillen erfolgen, weil durch die Arbeitsruhe der Lithographen und Steindruckern für die Hilfsarbeiter keine Beschäftigung mehr vorhanden war.

Die besondere Lage in Leipzig konnte natürlich noch keinen zwingenden Anlaß bilden, die Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“ überhaupt zu unterlassen. Wenn es auch bedauerlich blieb, daß die Leipziger Vorgänge auf den geplanten Neuabschluß des Tarifs kein günstiges Licht warfen, so wäre es doch unrichtig gewesen, hierdurch den Abschluß eines neuen Allgemeinen Tarifs in Frage zu stellen. Buchdruckerbetriebe bzw. -Abteilungen waren durch das Vorgehen der Leipziger Hilfsarbeiter auch nicht betroffen worden; und da der neue Tarif doch zunächst für Buchdruckereien abzuschließen war, so mußte der von der Hauptversammlung erteilte Auftrag erledigt werden, denn wie sich die Steinruckereien zu dem neuen Tarif stellten, war ohnehin nicht zu beurteilen. Demzufolge begannen die vorgehenden Beratungen über die Abänderung der „Allgemeinen Bestimmungen“ am 27. November im Buchgewerbehaus zu Leipzig. Bei Beginn der Beratungen lagen in der Hauptsache folgende Anträge vor:

1. Prinzipialanträge:

Gültigkeit des Tarifs nur für über 16 Jahre alte Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen;
Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich eine halbe Stunde länger als diejenige für Gehilfen;
Abschluß von örtlichen Tarifen nur dann, wenn die Majorität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür ist;
Streichung der Bestimmung, wonach bestehende, für die Hilfsarbeiter günstigere Verhältnisse als die tariflichen nicht verschlechtert werden dürfen.

2. Hilfsarbeiteranträge:

Einbeziehung fast aller in Buchdruckereien tätigen nicht gelernten Arbeiter unter den Tarif;
Arbeitszeit gleich derjenigen im Gehilfen-tarif; kürzere Arbeitszeit für Nachtarbeiter;
Errichtung von Organen zur Festsetzung und Durchführung des Tarifs gleich denen im Gehilfen-tarif: Tarifausschuß, Tarifamt.
Ueber die Lohnfrage hatte diese Kommission nicht zu entscheiden, denn die Löhne werden örtlich festgesetzt.
Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Die Prinzipalvertreter machten das Zugeständnis gleicher Arbeitszeit wie im Gehilfen-tarif und erklärten sich bereit, bei Abschluß der örtlichen Tarife für eine etwa gleichhohe Lohnerhöhung, wie sie den Gehilfen bewilligt worden war, einzutreten. Die Hilfsarbeiter-Vertreter lehnten je-

doch den Antrag der Prinzipale ab, wonach der Tarif nur für über 16 Jahre alte Arbeiter gelten sollte, ebenso denjenigen auf Streichung der Bestimmung, nach welcher günstigere Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen. Die Kommission kam beiderseits zu der Ueberzeugung, daß eine Einigung nicht zu erzielen war, und die Beratungen wurden daher am zweiten Tage abgebrochen und nicht wieder aufgenommen. Da der zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und dem Verband der Hilfsarbeiter im Jahre 1907 abgeschlossene Hilfsarbeiter-tarif gekündigt worden war und seine Erneuerung nicht gelang, hat dessen Gültigkeit mit Ablauf des Jahres 1911 sein Ende erreicht.

Die Leitung der Hilfsarbeiter-Organisation hatte sich kurz nach dem Scheitern der Verhandlungen in Leipzig an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker gewandt mit dem Ersuchen, neue Verhandlungen anzubahnen. Das Tarifamt hat diesem Wunsch entsprochen, nachdem die Hilfsarbeiter einige Anträge zurückgezogen und bezüglich einiger in Leipzig abgelehnter Prinzipialanträge sich entgegenkommend geäußert hatten. Die neuen Verhandlungen fanden aber nicht wieder zwischen, denselben Kommissionsmitgliedern statt, sondern das Tarifamt lud hierzu Vertretungen der Städte ein, die die „Allgemeinen Bestimmungen“ schon bisher anerkannt und auf dieser Grundlage örtliche Tarife eingeführt hatten. Der Einladung des Tarifamts folgten zehn Städte, das war die Hälfte aller Städte, die Tarife schon hatten. (Fortsetzung folgt.)

Die Voreingenommenheit der Arbeiterfeinde gegen Tarifverträge.

Es zeigt sich die soziale Rückständigkeit und der Herrenbünkel der Unternehmer so recht unverhüllt, wenn es sich darum handelt, mit kämpfenden oder kampfbereiten Arbeitern Tarifverträge einzugehen. Die schlimmsten Scharfmacher und ihre Verbände verpflichten sich nicht selten untereinander, den Arbeitern keine Zugeständnisse zu machen und vor allem keine Tarife mit ihnen abzuschließen. Diese Verpflichtung machen sie sich zur Ehrensache! Als ob es besonders ehrenhaft wäre, mit dieser Verpflichtung ein unmoralisches Herrschafs- und Machtgelüst zu bekräftigen! Als ob es gar so ehrenhaft wäre,

mit Hilfe höchst zweifelhafter, abenteuerlustiger und notorischer Streifbretter den berechtigten Forderungen der Menschlichkeit entgegenzutreten! Aber freilich — von Leuten, die mit sozial minderwertigen Elementen paktieren, kann ein soziales Verständnis und Entgegenkommen nicht erwartet werden. Und die Arbeiter haben schon manch lehrreiche Erfahrung mit dem sozialen Verständnis und den Versprechungen der Unternehmer machen müssen, sodaß sie in ihrer Ueberzeugung bekräftigt worden sind, daß nur durch den organisierten Kampf die Anerkennung der Arbeiterforderungen und der Arbeiterorganisationen durchgesetzt werden kann — und durchgesetzt werden wird.

Der kürzlich bekannt gewordene Entwurf über: „Allgemeine Vorschriften des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen“ enthielt in seinem ersten Teil: „Forderungen der Arbeitnehmer oder ihrer Organisationen, die grundsätzlich abzulehnen und mit allen Mitteln zu bekämpfen sind“ die Bestimmung, keine Tarifverträge abzuschließen. Und die Scharfmacher bauen ihre Organisationen zu dem Zwecke aus, auf ihrem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt verharren zu können — bis sie durch die erzieherische Tätigkeit der Arbeiterorganisationen eines schönen Tages zu der „grundfächlichen“ Anerkennung der Tarifverträge gebracht sein werden. Diese erzieherische Tätigkeit der Arbeiterorganisationen hat schon beachtenswerte Erfolge gezeitigt, sodaß sich schon recht viele von den arbeitserfeindlichen Unternehmern und Tarifgegnern zu einer „grundfächlichen“ Anerkennung und Verteidigung der Tarifverträge veranlaßt gesehen haben. Vielfach mag auch die Erkenntnis von selbst gekommen sein, daß dem Zuge der Zeit Rechnung getragen werden muß. Von Interesse sind in dieser Hinsicht Auseinandersetzungen im Leipziger Stadtverordnetenkollegium, das sich mit einer Tarifangelegenheit und dem ablehnenden Verhalten des Rates befaßten mußte. Mitte Dezember hatten sich der Verband Deutscher Buchbinderbestzer, die Buchbinderinnung zu Leipzig und der Deutsche Buchbinderverband mit einer Eingabe an den Rat der Stadt Leipzig gewendet, in der die Beschlussfassung darüber nachgesucht wurde, amtliche Buchbinderarbeiten nur solchen Firmen zu übertragen, die den Buchbinderlohn-tarif unterschrittlich anerkannt haben. Der Rat gab Ende März 1912 ablehnenden Bescheid, worauf sich der Buchbinderverband mit einer längeren Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium wandte, das sich in der Sitzung vom 8. Mai damit beschäftigte.

Was ist Geld?

Von Graf Leo Tolstoi.

Geld! Was ist Geld? Geld ist ein Äquivalent für Arbeit.

Ich habe gebildete Leute getroffen, die allen Ernstes behaupten, das Geld repräsentiere sogar die Arbeit derjenigen, welche es besitzen. Ich gestehe, daß auch ich früher in unbestimmter Weise zu dieser Ansicht hinneigte. Ich wollte jedoch genau und von Grund aus wissen, was denn eigentlich das Geld sei, und um das zu erfahren, wandte ich mich an die Wissenschaft.

Die Wissenschaft sagt, daß der Begriff des Geldes durchaus nichts Ungerechtes oder Schädliches in sich schließt, daß das Geld die natürliche Grundlage unseres sozialen Lebens sei, dessen wir zur Erleichterung des Umtausches, zur Ermöglichung des Sparens, sowie als Wertmesser und Zahlungsmittel unumgänglich benötigen.

Die augenscheinliche Tatsache, daß ich, wenn ich drei überflüssige Rubel in der Tasche habe, in jeder zivilisierten Stadt nur zu pfeifen brauche, um sogleich ein ganzes Hundert von Leuten zur Verfügung zu haben, die für jene drei Rubel auf mein Geheiß die allerschwerigsten, widerlichsten und erniedrigendsten Arbeiten verrichten — diese Tatsache hat ihre Ursache nicht im Gelde, sondern in den höchst verwickelten Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens der Völker.

Die Unterjochung des Menschen durch den Menschen rührt nicht vom Gelde her, sondern von dem Umstand, daß der Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Daß er diesen vollen

Ertrag nicht erhält, liegt an den besonderen Eigenschaften des Kapitals, der Rente und des Arbeitslohnes, sowie an den komplizierten Beziehungen, welche zwischen diesen Faktoren und überhaupt zwischen der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion der Güter bestehen. Ohne Rechenarten würde man die Sache etwa so ausdrücken: Wer Geld besitzt, hat diejenigen, die kein Geld besitzen, im Sacke.

Die Wissenschaft aber bestreitet das. Die Wissenschaft sagt: An der Hervorbringung jeglichen Produktes sind drei Faktoren beteiligt: der Grund und Boden, die Produktionsmittel und die Arbeitskraft. Daraus nun, daß der Inhaber der Arbeitskraft nicht zugleich Inhaber der beiden anderen Faktoren ist, entsteht jenes äußerst verwickelte Verhältnis, welches die Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, die Unterjochung des Menschen durch den Menschen bestimmt. Woher aber stammt diese Herrschaft des Geldes, die uns alle durch ihre Granfameit betroffen macht? Wie kommt es, daß ein Teil der Menschen vermittelt des Geldes den anderen Teil in Abhängigkeit erhält? Die Wissenschaft sagt, es komme von jener Teilung der Produktionsfaktoren, welche auf den Arbeiter einen Druck ausüben. Diese Antwort kam mir immer etwas sonderbar vor. Es wird behauptet, daß diese drei Faktoren an jedem Produkte ihren Anteil haben — und daß sogleich das erzeugte Gut — oder der Wert des Ertrags desselben, das Geld — sich billigerweise unter alle drei verteile, und zwar als Rente für den Grundbesitzer, als Kapitalgewinn für den Bestzer der Produktionsmittel und als Arbeitslohn für den Arbeiter. Liegen die

Dinge wirklich so? Ist es vor allem richtig, daß jene Faktoren, und einzig nur sie, an der Hervorbringung eines jeglichen Produktes ihren Anteil haben?

Während ich diese Zeilen schreibe, wird rings um mich Heu produziert. Aus welchen Faktoren setzt sich dieses Produkt zusammen? Ich sehe, daß hier die Dreiteilung nicht stimmt, daß außer dem Grund und Boden, den Arbeitsgeräten und der Arbeit noch andere Dinge in Frage kommen: die Sonne, das Wasser, die gesellschaftliche Organisation, welche das Gras auf der Wiese vor dem Abweiden durch fremdes Vieh schützt, die besondere Schicklichkeit der Schnitter, ihre Fähigkeit, sich vermittelst der Sprache zu verständigen und noch zahlreiche andere „Faktoren“, welche die Nationalökonomie aus irgendwelchen Gründen als solche nicht anerkennen mag. Sonnenwärme und Sonnenlicht sind für jede Art von Produktion ein noch notwendigerer Faktor, als selbst der Grund und Boden. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß jemand, insbesondere in der Stadt, das Recht für sich in Anspruch nimmt, einem anderen durch Mauern oder Baumplantagen des Sonnenlichts zu berauben, und auch mit dem Wasser und der Luft ist dies der Fall. Einen ganzen Band könnte ich mit der Aufzählung der verschiedenartigsten Faktoren ausfüllen, die alle an der Hervorbringung der mannigfachen Produkte ihren Anteil haben. Weshalb übergeht die Wissenschaft sie, weshalb spricht sie immer nur von jenen drei Faktoren der Produktion? Doch wohl nur deshalb, weil auf jene anderen Dinge — die Straßen der Sonne, das Wasser, die Luft usw. — selten jemand

Und nun trat die bemerkenswerte Tatsache in die Erscheinung, daß die Entscheidung des Rates auch von Unternehmenseite die gebührende Zurückweisung erfuhr. Der Vorsitzende des Bauunternehmerverbandes, Stadtverordneter Entle, verteilte die Auffassung des Rates als unhaltbar, zumal die heutige Zeit den Abschluß von Tarifverträgen geradezu erfordere, um den ruinösen Arbeitskämpfen vorzubeugen. Er erklärte: „Leute, die den Tarif nicht anerkennen, wollen nur im Erüben fischen.“ Die Stadtverordneten beschloßen die Ueberweisung der Eingabe an den Rat zur Erwägung.

„Leute, die den Tarif nicht anerkennen, wollen nur im Erüben fischen.“ Wie treffend der Vorsitzende eines Unternehmerverbandes die Voreingenommenheit und Abneigung der Arbeiterfeinde gegen die Tarifverträge kennzeichnet, derselbe Vorsitzende, der sich in den Einigungsverhandlungen im Baugewerbe 1910 über das anerkennende und entgegenkommende Verhalten der Unparteiischen den Arbeiterforderungen gegenüber entriestete, der davon sprach, daß die Unternehmer durch die Einigungsverhandlungen und das Verhalten der Unparteiischen vergewaltigt werden sollten. Hier zeigt sich eben die Bedeutung der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Kämpfe, die das soziale Gewissen und Verantwortungsgefühl weitester Kreise wecken, die den Herrenstandpunkt und die Selbstsucht der Arbeiterfeinde angreifen und erschüttern und die mit ihrem Wirken zu einem treibenden Element in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geworden sind, denen nichts anderes gleichkommt. Es zeigt sich aber auch, daß der große Kampf im Baugewerbe nicht umsonst gefämpft worden ist, daß er hervorragenden Anteil hat an der Verbreitung der Tarifverträge und daß die hie und da laingewordene Unzufriedenheit der am Kampf beteiligt gewesenen Bauarbeiter auf falschen Voraussetzungen beruhte. Bei der straffen Organisation der Unternehmer von heute sind die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe in eine andere Richtung gedrängt worden, als das früher der Fall war, die Arbeits- und Lohnkämpfe bilden sich immer mehr zu Tarifkämpfen heraus. Es hängt natürlich von der Geschlossenheit und Stärke der Gewerkschaften ab, in welchem Maße die Interessen der Arbeiterschaft dabei die gebührende Berücksichtigung finden. Je mehr die Arbeiter das anerkennen, um so fruchtbringender werden sich auch alle kommenden Kämpfe gestalten, zumal sie alsdann die Werkkraft der Arbeiterbewegung heben und stärken helfen. Denn

„einen Anspruch erhebt, während das Streben nach Grundbesitz und Kapitalbesitz in unserer Gesellschaft ganz allgemein ist.“

Die Wissenschaft hält sich also nicht an den wesentlichen Kern der Dinge, sondern sie paßt ihre Meinungen den augenblicklich bestehenden, dem Wechsel unterworfenen Zuständen an und spricht willkürlich von denjenigen drei Faktoren, die ihr gerade in die Augen fallen, oder auf die sie die Aufmerksamkeit hinzulenken wünscht. Der Arbeiter soll des Grund und Bodens und der Arbeitsmittel beraubt werden — wenn wir uns nur ein klein wenig in den Sinn dieser These versetzen, dann erkennen wir den inneren Widerspruch, den sie enthält. Der Begriff des Arbeiters schließt auch den Grund und Boden, die Erdoberfläche ein, auf welcher er lebt, sowie die Geräte, deren er sich bei seiner Arbeit bedient. Einen Arbeiter, der nicht auf der Erdoberfläche lebt und sein notwendiges Arbeitsgerät nicht besitzt, hat es niemals gegeben und kann es niemals geben. Wenn der Landarbeiter kein Land, kein Pferd und keine Sense besitzt, wenn der Schuhmacher kein Haus und keine Ahe hat, so heißt das ebenso viel, daß irgend jemand sie all dieser für sie notwendigen Dinge beraubt hat, nicht aber, daß es Landarbeiter ohne Pflug und Schuhmacher ohne Handwerkszeug geben kann. Wie man sich einen Fischer ohne Fischgerätschaften, auf trockenem Lande, nur unter der Begingung vorstellen kann, daß ihn irgend jemand von seinem See vertrieben und seiner Gerätschaften beraubt hat, so sind auch der Landarbeiter und der Schuhmacher ohne die für ihre Arbeit notwendigen Faktoren nur denkbar, wenn

finden die Forderungen bei den scharfen Zusammenstößen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen nicht immer die von den Arbeitern erhoffte Erfüllung, so kann sich der Misgunst nicht gegen die Führung, als vielmehr gegen das Kräfteverhältnis im Kampfe, d. h. gegen die Indifferenten und Zersplitterer unter der Arbeiterschaft wenden — im fruchtbringenden und aufbauenden Sinne.

So wird die Arbeiterbewegung in jedem Falle den Gewinn davontragen. Dafür bürgt der Gemeinheitsbewußtsein und das Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiterschaft, die durch die Arbeiterbewegung zu den sozial wertvolleren Elementen unter der Arbeiterschaft gemacht worden sind. Das wird auch von bürgerlicher Seite anerkannt. So führte der bürgerliche Vertreter Raftats, Dr. Vogel, in der badischen zweiten Kammer in seiner Rede über den langwierigen Streik bei der Raftatter Waggonfabrik unter anderem aus:

„Unverantwortlich gereizt hat die Fabrikleitung dann auch die Ausständigen durch Heranziehung der sogenannten Hamburger, denen es mehr um Abenteuer als ums Arbeiten zu tun war. — Ausschreitungen sind jedoch in Raftatt eine Seltenheit geblieben, trotz der monatelangen Dauer des Streiks, bei dem man deutlich die Beobachtung machen konnte, daß die sozial wertvolleren Elemente, nämlich diejenigen, die für eine Idee der Allgemeinheit Opfer zu bringen wissen, auf Seiten der Streikenden und nicht auf Seiten der Arbeitswilligen zu finden sind.“

Hier ist aufgezeigt worden, wo die sozial wertvolleren Elemente zu finden sind — und die wertvolleren Elemente werden sich auch durchsetzen. Das gilt auch in der Frage der Tarifverträge. Nehren sich doch schon die Stimmen aus dem Unternehmerlager selbst, die die Rückständigkeit des tariffeindlichen Unternehmertums einer scharfen Kritik unterziehen. Es gehört aber schon mehr als Rückständigkeit dazu. Das arbeitserfeindliche Verhalten der industriellen Herrenmenschen und Scharfmacher beruht mehr noch auf einer gemeingefährlichen Gewinn- und Habsucht, auf unsittliche Machtansprüche und Machtstellung, sodas jedes Gefühl für die Rechte und Bedürfnisse anderer erstickt ist. Sie haben mit ihrem ganzen Verhalten und mit dem Paktieren mit abenteuerlustigen und gefühllosen Streikbrechern erwiesen, daß auch sie zu den sozial minderwertigen Elementen gehören. Hier bessernd eingegriffen zu haben ist das große Verdienst der modernen Arbeiterbewegung, der freien Gewerkschaften, für

ihnen diese Faktoren mit Gewalt vorenthalten werden.

Wohl kann es Menschen geben, die auf der Erdoberfläche von Ort zu Ort gejagt werden, wie auch solche, denen man ihr Arbeitsgerät genommen, und die man zwingt, mit fremdem Arbeitszeug Dinge anzufertigen, deren sie nicht bedürfen; aber das will ich doch nur sagen, daß es Fälle gibt, in denen die natürliche Ordnung der Dinge gestört ist. Wenn die Wissenschaft all die Dinge, welche dem Arbeiter durch einen andern geraubt werden können, als Faktoren der Produktion betrachtet — weshalb hält sie dann den Anspruch des Sklavenbarons auf die Persönlichkeit des Sklaven nicht für einen solchen Faktor? Es kann jemand auf die Strahlen der Sonne einen Besitzanspruch erheben oder einen Mittelmenschen als sein Eigentum betrachten, als einen natürlichen Produktionsfaktor jedoch bedarf er einen solchen auf die Gewalt gestützten Anspruch nicht betrachten. Ebenso wenig aber ist ein Anspruch auf den Grund und Boden oder auf die Arbeitsgeräte als ein natürlicher Faktor der Produktion zu betrachten. Die Wissenschaft kann nur konstatieren, daß es derartige Ansprüche gibt, welche das natürliche Produktionsverhältnis stören und den Arbeiter der natürlichen Produktionsbedingungen berauben, sie darf jedoch die zufällig, wenn auch noch so häufig beobachtbare Störung nicht als das Grundgesetz der Produktion betrachten.

Der Nationalökonom, welcher das dennoch tut, gleicht jenem Zoologen, der eine Anzahl von Zeigern mit beschnittenen Flügeln in Käfigen mit Wassernäpfen gesehen hat und daraus den Schluß

zieht, daß die beschnittenen Flügel, die Käfige und Wassernäpfe die drei natürlichen Lebensbedingungen dieser Vögel seien. In der Lage dieser Zeigige befinden sich die Arbeiter ohne Grund und Boden und ohne Produktionsmittel und die Tatsache, daß sie nach Millionen zählen, berechtigt die Wissenschaft noch nicht, diese Lage als eine natürliche zu betrachten und aus dem zufälligen Sachbestand ein allgemein gültiges Produktionsgesetz abzuleiten.

Wahnsinnige Scharfmacher-Phantasien.

I.

Nachdem feststeht, daß auch die Majorität des jetzigen Reichstages es nicht wagt, besondere Ausnahme Gesetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu machen, sind die professionellen Scharfmacher um so eifriger an der Arbeit, auf dem Boden des gemeinen Rechts den Aufstieg der Arbeiterklasse zu hemmen. Daß die in dieser Richtung tätigen Vertreter desselben Kapitals, dessen Erscheinungsformen hundert- und tausendfältig jedem Begriff von Moral und Recht ins Gesicht schlagen, sich dabei als die wahren Hüter von Moral und Recht aufspielen, entbehrt eines gewissen pikanten Reizes. Besonders ist es der saarabische Scharfmacher Dr. Lilla, der auf diesem Gebiet außerordentliches leistet. Mit einem großen Aufwand von Wortklauberei hat dieser Scharfmachergelehrte in biden Büchern den Marxismus und den Kathedersozialismus radikal vernichtet, den „Paritäts-Moralismus“, den „Wirtschafts-Moralismus“ und den „Klassen-Moralismus“ unserer Zeit in ihren Wurzeln bloßgelegt und ihnen gegenüber eine allein seligmachende Scharfmachertheorie aufgestellt.

Der Erfolg der Lillischen Arbeit ist der, daß ein zwar mächtiges aber kleines Häuflein Scharfmacher in Lilla den Propheten einer neuen Zeit sieht, die Proletarier ihn schätzen als den Mann, der früh genug die geheimsten Wünsche der wütendsten Scharfmacher verrät, weite Kreise von Unternehmern aber den saarabischen Propheten nur noch pathologisch nehmen.

Wo aber unser saarabischer Scharfmacher-Doktor eine vernünftige Stimme aus Unternehmerkreisen entdekt, schäumt er über von stiltlicher Enttäuschung und schreibt ein Buch, eine Broschüre oder wenigstens einen Artikel in seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“, um aufs neue die Verurteilung des Wirtschafts- oder Klassenmoralismus zu beweisen.

Für Lilla sind die Organisationen der Arbeiter nichts anderes als Expreser- und Räuberbanden,

zieht, daß die beschnittenen Flügel, die Käfige und Wassernäpfe die drei natürlichen Lebensbedingungen dieser Vögel seien. In der Lage dieser Zeigige befinden sich die Arbeiter ohne Grund und Boden und ohne Produktionsmittel und die Tatsache, daß sie nach Millionen zählen, berechtigt die Wissenschaft noch nicht, diese Lage als eine natürliche zu betrachten und aus dem zufälligen Sachbestand ein allgemein gültiges Produktionsgesetz abzuleiten.

Die lebendige Wirklichkeit hört nicht auf, immer wieder diese Frage zu stellen, und zuletzt wird dann auch die Wissenschaft nicht umhin können, sich mit ihnen zu beschäftigen. Dann aber muß sie aus dem Zauberkreise, in welchem sie sich gegenwärtig befindet, und in dem sie sich gleichsam beständig um sich selbst dreht, in das volle Leben hinausstreten und den Dingen mit mutiger Stirn ins Antlitz sehen. Dann werden durchaus neue Meinungen und Anschauungen platzgreifen, welche die heutige Pseudo-Wissenschaft mit ihren Entstellungen und Grundprinzipien über den Hausen werfen und der Auffassung des gesunden Menschenverstandes zur Anerkennung verhelfen werden. Auch die Frage, was Geld sei, wird alsdann ihre Lösung finden, und es wird sich herausstellen, daß das Geld durchaus nicht jenes unschuldige Mittel der Vermessung, der Verkehrserleichterung und der Sparsamkeit ist, als welches die Wissenschaft es gegenwärtig darstellt, sondern daß es das erste und vorzüglichste Mittel der Unterjochung des Menschen durch den Menschen ist, mit einem Worte, daß es ist: geronnene Gewalt.

die Leiber Gottes ihr schmachvolles Gewerbe in Deutschland ungefragt treiben dürfen, weil unsere verrückte Gesetzgebung keine Strafbestimmungen gegen solche Frevelthaten enthält. Gegen diese Tilsche Auslassung hatte kürzlich die „Sächsische Industrie-Korrespondenz“ geschrieben:

Wenn die Organisationen der Arbeiter, sobald sie den Versuch machen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu erzielen, dadurch Erpressungen begehen, so sind auch die Arbeitgeber Erpresser, die sich organisieren, um den Arbeitern die Arbeit durch möglichst niedrige Löhne „abzupressen“.

Man sieht, wohin die Tilsche Logik führt: Erpresserbande gegen Erpresserbande! Das ist das Ergebnis jener maßlosen Scharfmacherei, die in dem Arbeiter lediglich den Sklaven sieht, der seine Arbeitskraft zu jedem ihm diktieren niedrigen Preise willenlos abgeben muß! Die Arbeitgeber, für die Herr Tille mit seiner eigenartigen Moral in die Bresche tritt, sollten von diesem bedenkliehen Verteidiger der unbeschränkten Herrenrechte soweit wie möglich abträden, denn mit seiner plumpen Offenherzigkeit schadet er den Arbeitgebern mehr, als es die extremste antikapitalistische Propaganda der extremsten Marxisten zu tun vermag.

Diese Auslassung der sächsischen „Klassen-Ideologen“ waren für Dr. Tille Anlaß, fast sieben Seiten seiner Zeitung daran zu wagen, um aufs neue mit „der Fackel der Logik in das ganze Lügengebäude der ipsofactischen, paritäts-moralistischen und unmoralischen Klassenkampftheorie zu leuchten“, welche das Blatt der sächsischen Industriellen mit dem „Berliner Tageblatt“ gemein habe.

Die „Sächsische Industrie-Korrespondenz“ weiß sehr wohl, daß die Handhabung der Geschäfte der Unternehmer tausendmal eher die Tilschen Kraftausdrücke von Erpresser- und Räuberbanden verdienen, wie die Organisationen der Arbeiter; deshalb die Ablehnung der Tilschen Scharfmacherei. Was aber antwortet Tille dem Blatt? Er sagt: Natürlich wären auch die Unternehmer Erpresser, wenn sie gleiches täten wie die Arbeiter, aber das tun sie nicht, weil sie es nicht können. Es wäre, meint Dr. Tille, eine unverfrorene Beleidigung des deutschen Unternehmertums, zu behaupten, „daß dasselbe jemals, auch nur in kleinen Teilen, innerhalb der Rindigungsfrist die Löhne herabgesetzt und diejenigen Arbeiter, welche sich das nicht hätten gefallen lassen, ausgesperrt hätte. Wo sind diese Fälle?“

Der Scharfmacher-Doktor braucht nur mal in irgendeinem Verus in einer Gegend, in der die Arbeiter-Organisationen noch nicht den wünschenswerten Einfluß haben, zu arbeiten, um diese Praxis aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er braucht nur als Bergmann ins Ruhrgebiet zu kommen, um zu erfahren, daß Tag für Tag tausendfach diese Praxis geübt wird. Aber mit diesem Argument, mit dem Tille die Dresdener „Klassen-Ideologen“ glaubt abtun zu können, ist die Sache wirklich nicht erledigt. Tille sagt: Die Tätigkeit der Klassenkampf-Organisation der Arbeiter führt zu Erpressungen durch Wirtschaftsstörungen (Streik), indem die Arbeiter eine Notlage für den Unternehmer schaffen und ihn dadurch zwingen, günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren, als er nach der allgemeinen Lage des Marktes notwendig hätte.

Wenn die betreffenden Arbeiter bei ihrem Vorgehen die Rindigungsfrist einhalten (was ja von einzelnen Ausnahmen abgesehen die Regel ist), so wäre dagegen selbst mit dem Tilschen Argument nichts auszurichten. Wie steht denn aber mit der „Erpressung durch Wirtschaftsstörungen“ auf kapitalistischer Seite? Ist es keine Erpressung durch Wirtschaftsstörung, wenn die Materialperre zum Bankrott treiben, wenn die Syndikate die Außenleiter ruinieren, wenn das Syndikat der Kohlenkönige mit den ihm nur lehnweise zur Verfügung gestellten Erbschätzen ungeheuerlichen Wucher treibt, wenn Händlervereinigungen lieber Schiffsladungen von Seringen, Zucker usw., ins Meer versenken, als

die Waren Hungerigen zur Verfügung zu stellen? Wird nicht so millionenfach, um mit Tille zu reden, „eine Notlage der Konsumenten geschaffen und diese dadurch gezwungen, mehr zu zahlen, als nach der normalen Lage des Wirtschaftsmarktes notwendig wäre?“ Man sieht, die Tilschen Scharfmacher-Argumente sind gar nicht ungeeignet zur Geißelung kapitalistischer Praktiken.

Ein großer Teil der „sittlichen Verirrungen und ihrer sentimentalen Verleibungen, mit welchen heute Wirtschaftsstörungen und Erpressungen von Lohnvertragsvorteilen in der öffentlichen Meinung umspinnen werden“, stammt nach Tille von dem verblissensten deutschen Klassenmoralisten Professor Brentano, ist aber erst von einem Anhänger und Schüler desselben in die politische Welt getragen worden — dem Grafen von Posadowsky, „der seinen zum wirtschaftlichen Denken unfähigen Kopf während seiner Amtszeit damit anstrengen mußte“, eine einleuchtende Begründung für das Zuchtbaugesetz zu finden. Tille treibt dem Grafen mit dem Barte es an, daß er damals die Tätigkeit der Unternehmersyndikate, die Preise ihrer Waren durch Koalition zu erhöhen, in Vergleich stellte mit der Tätigkeit der Arbeiter, die auf ähnliche Weise durch Koalition den Wert ihrer Arbeitskraft zu steigern suchen. Ein solcher Vergleich ist nach Tille ganz unzulässig, denn „die Maßnahmen der Waren-Syndikate vollziehen sich eben durchaus auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens, ausschließlich mit strafrechtlich und sittlich erlaubten Mitteln“. Was Posadowsky damals sagte, ist nach Tille „der grausamste, konfuseste Gallimathias, der so ungefähr jemals öffentlich ausgesprochen worden ist, das ist einfach klassensentimentales Notwendig; das ist eine Verwechslung von Verbrechen mit ehrlicher wirtschaftsfriedlicher Tätigkeit“.

Soll man über diese Ausschweifungen eines vom Scharfmacherbazillus unheilbar verseuchten Gehirns nicht lachen?

Korrespondenzen.

Dresden. Mitgliederversammlung am 25. Juni. Den Geschäftsbericht vom ersten Quartal gab Kollege Franz Herrmann. Was die Ausgaben anbelangt, so ist die Arbeitslosen-Unterstützung infolge der Aussperrung ganz besonders hoch. Dieselbe betrug 2891,05 Mk. und ist somit um 1598,25 Mk. höher wie im gleichen Quartale des Vorjahres. Ebenso ist die Kranken-Unterstützung mit 529,80 Mk. um 119,30 Mk. höher wie im gleichen Zeitraum 1911. Die Streikunterstützung belief sich auf 235,— Mk. für die Zentralkasse und 350,53 Mk. aus lokalen Mitteln. An Wöchnerinnen-Unterstützung wurden 60,— Mk., an Gemäßregelten-Unterstützung 81,16 Mk. ausbezahlt. An die Hauptkasse wurden gesandt 871,15 Mk. Die Gesamtausgaben betragen im ersten Quartal 4597,32 Mk., das sind 2001,14 Mk. mehr wie im gleichen Quartal 1911. An Einnahmen sind gebucht: 19,30 Mk. Eintrittsgeld, 3494,30 Mk. Wochenbeiträge und 650,40 Mk. Ertragsbeiträge. Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 300 männliche und 620 weibliche, zusammen 920 Mitglieder. Ueber die Frequenz des Arbeitsnachweises, die Krankenverhältnisse, die Bureau-tätigkeit des Beamten und das Agitations- und Versammlungswesen wurden nähere Angaben gemacht. Die Dechargeerteilung wurde vertagt, weil von den Revisionen einer krank und der andere beurlaubt ist. Zur Neuregelung unseres Lokalbeitrages erläuterte der Vorsitzende unter Bekanntgabe zahlenmäßiger Berechnungen die Umstände, welche die Verwaltung gezwungen haben, mit einem diesbezüglichen Antrage an die Versammlung heranzutreten. Einestheils die Unkosten der Aussperrung sowie alte Verpflichtungen der Volkshausverwaltung gegenüber seien die Ursachen, welche diesen Entschluß herbeigeführt und dringend notwendig gemacht haben. Außerdem waren wir verpflichtet, dem dahingehenden diesbezüglichen Beschluß des Gewerkschaftsartikels, wonach die von den einzelnen Gewerkschaften nach Maßgabe der Mitgliederzahl aufzubringenden Beiträge bestimmt normiert waren, nach Jahren endlich einmal Folge zu geben. Bei den fortwährenden Anprüfungen, welche an die Lokalkasse auch in anderen Beziehungen gestellt werden, bietet der wöchentliche Beitrag von 5 Pf. nicht die Gewähr, auch noch fernerhin damit auszukommen,

und hat infolgedessen die Verwaltung sowie eine Vertrauenspersonensitzung einen Antrag, wonach pro Monat und Mitglied 10 Pf. Ertragsbeitrag erhoben werden sollen, mit Majorität akzeptiert. Die Genehmigung des Hauptvorstandes ist bereits erfolgt. Die Diskussion zu dieser Frage ist allgemein erkennen, daß in der Versammlung wesentliche Gegenströmungen nicht vorhanden waren und die einstimmige Annahme dieses Antrages, mit Geltung vom 1. Juli ab, erfolgte. Unter Verschlebens berückte Kollege Paul Herrmann über mehrere Vorkommnisse in der Buchdruckerei von E. Heinrich, Dresden-N., welche bei Gelegenheit einer Druckererversammlung zu seiner Kenntnis gelangten. Zunächst hätte man glauben können, die Ausführungen des Redners seien übertrieben, aber durch einwandfreie Zeugen ist festgestellt worden, daß es sich um wahre Tatsachen handelt, die leider fast unglücklich, ja sogar als haarsträubend bezeichnet zu werden verdienen. Zu der Diskussion wurde allgemein verlangt, diese Vorfälle zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen, damit eine derartige menschenunwürdige Behandlung, für die der Arbeitgeber verantwortlich gemacht werden muß, ihre gerechte Abmündung findet. Daß unter den geschriebenen Umständen auch die bisher uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen den Weg zum Verband finden, ist begrifflich; weshalb es dem Unternehmertum schwerfallen wird, gegen die gewerkschaftliche Organisation anzukämpfen, solange diese Herren nicht ihre reaktionären Ansichten und Maßnahmen in andere Wege leiten und der Arbeiterschaft die ihr gebührenden Rechte und Forderungen zuerkennen und erfüllen. Zuletzt gab der Vorsitzende noch das Programm für unseren Erwerbswiderstandsbekämpfung in Wachsen am 25. August bekannt. Die dortige Zahlstelle wird bei dieser Gelegenheit gleichzeitig ihr zehnjähriges Stiftungsfest begehen, weshalb recht zahlreiche Beteiligung erwünscht wird, um den Tag durch unsere Anwesenheit zu verschönern und das Band, welches uns umschließt, aufs neue zu festigen.

Halle a. S. Die Mitgliederversammlung am 22. Juni ehrte zunächst das Ableben der Kollegin Großmann in der üblichen Weise und nahm die Berichte des Kartellbelegierten und des Kassierers entgegen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß in nächster Zeit zwecks finanzieller Unterstützung des Volkshausunternehmens Listen anzufertigen werden. Die Benutzung des Arbeitsnachweises gab Veranlassung zu einer lebhaften Aussprache. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sich auch solche Mitglieder, die auf andere Weise Arbeit finden, sich beim Nachweis abzumelden haben. Auch sind die Arbeitslosen verpflichtet, sich dreimal wöchentlich zu melden. Beschwerde wurde ferner geführt über die Kartonagenfabrik Schweiß, weil diese wohl Arbeitskräfte vom Nachweis bezieht, aber die Tariflöhne nicht bezahlen will. In einer anderen Firma konnte derselbe Mibstand durch das Vorgehen der Organisationsleitung beseitigt werden. Ein Mitglied wurde mit Ausschluss bedroht, weil es ohne Einhaltung der Rindigungsfrist die Arbeit verlassen hat. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß der Rentant der Krankenkasse Kleine Klausstraße 14 wohnt. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Versammlungen in Zukunft zahlreicher zu besuchen.

Nachruf.

Am 22. Juni cr. starb nach monatelanger Proletarierkrankheit unser treues Mitglied, der Einleger:

Alfred Allombert

im Alter von 18 Jahren.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren die Mitgliederstaff Straßburg i. Ell.

Nachruf.

Am 28. Juni verstarb unser Mitglied, die Jangerin

Mahilde Löffler

aus der Firma Huber, Jordan & Koerner, im Alter von 16 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihr die Bahlfelle Nürnberg-Kirchh.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 27.

Berlin, den 6. Juli 1912.

18. Jahrgang.

Den organisierten Arbeitern zur Beachtung.

Seit Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Arbeiter in Berufsverbänden siegreich vorwärts geschritten. Ueber 2½ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den freien Gewerkschaften vereinigt. Trotz der Schwierigkeiten, die seitens der Unternehmer und deren Helfershelfer, dem Staat und seinen Organen, den Arbeiterorganisationen bereitet worden sind, können diese von stetem Fortschritt der Bewegung berichten und wohl mit Sicherheit behaupten, daß alle Versuche, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, niemals Erfolg haben werden. Die Ueberzeugung, daß die Berufskollegen sich zusammenfinden und einig und geschlossen ihre Interessen dem vereinigten Unternehmertum gegenüber vertreten müssen, hat in den Reihen der intelligenten Arbeiter zu tief Wurzel gefaßt, um jemals wieder ausgerottet werden zu können. Selbst mit Gewalt wird dies nicht möglich sein.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Arbeiterinnen erst in so verhältnismäßig kleiner Zahl den Weg zur Organisation gefunden haben und trotz energischer Bestrebungen der Organisationen sich so schwer von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit ihren Berufskollegen und Kolleginnen überzeugen lassen.

Ganz besonders ist dies zu sagen von den Heimarbeiterinnen. Wer zählt die Hunderttausende, die im Hause mit Erwerbsarbeit beschäftigt sind bei niedrigen Akkordpreisen, sobald die Arbeitszeit weit über das für Arbeiterinnen gewerblicher Betriebe gesetzlich festgelegte Maximum von 10 Stunden täglich ausgedehnt werden muß, sollen nur einigermaßen annehmbare Verdienste erzielt werden. Auch die amtliche Statistik kann die als Heimarbeiterinnen tätigen weiblichen Familienangehörigen nicht in vollem Umfange erfassen, da teilweise die Arbeit aus verschiedenen Gründen verschwiegen wird, dann aber auch, weil sich die Heimarbeiterinnen selbst nicht darüber klar werden können, ob sie hauptberuflich erwerbstätige Heimarbeiterinnen sind, oder ob sie diese Arbeit als mithelfende Familienangehörige oder als Nebenerwerb ausüben. Dadurch geben die amtlichen Zahlen über die als Heimarbeiterinnen in den einzelnen Berufen tätigen Personen keinen genauen Nachweis über die tatsächlich vorhandenen Erwerbsarbeiterinnen.

Jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse weiß aber, daß in jedem Hause der Arbeiterviertel eine Anzahl Heimarbeiterinnen tätig sind. Sie sind unter anderem beschäftigt bei der Herstellung künstlicher Blumen, in der Buchfederbranche, der Lederindustrie, in der Textilbranche, der Tabakfabrikation, im Bekleidungsgerwerbe und hier vor allen Dingen in der Kleider- und Wäschekonfektion.

In all diesen Berufen sind aber auffallenderweise die allgemeinen Arbeitsbedingungen keine günstigen. Es ist dies auch kein Wunder. Daß die Unternehmer nicht aus freien Stücken die Arbeitsbedingungen den Verhältnissen entsprechend gestalten und verbessern, braucht an dieser Stelle des näheren wohl nicht erörtert werden. Ueberall ist und war es die organisierte Arbeiterschaft, die Forderungen auf bessere Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stellt und zur Durchführung bringen mußte. Heimarbeiterinnen aber sind fast ausschließlich noch immer unorganisiert. Wo diese nun einen erheblichen Teil der Berufsarbeiter darstellen, liegt natürlich für die Unternehmer kein Grund vor, allzu schnell den Forderungen der organisierten Berufsarbeiter zu entsprechen. Sie stützen sich auf die große Zahl Heimarbeiterinnen, die eventuell zur Verfügung stehen, als einzelne arbeitend, ohne Zusammenhalt mit den

übrigen Berufsarbeitern und ohne informiert zu sein über die Vorgänge im Beruf.

Die Heimarbeiterinnen also sind es, die zum großen Teil verhindern, daß in den Berufen mit erheblicher Heimararbeit die Berufsangehörigen nicht vorwärts kommen. Hieran sollten die organisierten Arbeiter denken, in deren Familien Heimararbeit verrichtet wird. Wiederholt schon haben Gewerkschaftskongresse und Versammlungen den organisierten Arbeitern empfohlen, auf ihre in der Heimararbeit beschäftigten Frauen und Töchter einzuwirken und sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Bis jetzt aber ohne nennenswerten Erfolg. Gewiß gelingt es auch beim besten Willen, auch innerhalb der Familie nicht, ohne weiteres und auch nicht immer, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Und auf Zwangsmittel verzichten auch die Organisationen gern, die Heimarbeiterinnen aufnehmen. Systematische Aufklärungsarbeit aber würde doch von wesentlichem Einfluß sein und ihre Wirkung nicht verfehlen.

In dieser Weise vorzugehen unterlassen aber häufig auch die Männer, die von dem Wert der Organisation für sich und ihre Kollegen voll und ganz überzeugt sind. „Es hat bei den Frauen doch keinen Zweck, die verstehen es doch nicht“, hört man oft die Männer sagen, und deshalb wird jeder ernstere Versuch unterlassen. Die organisierten Arbeiter vergessen aber ganz, wie langsam der Gedanke des Zusammengehörens auch bei ihnen Platz gegriffen hat und daß den Frauen viel weniger Gelegenheit gegeben ist, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens begreifen zu lernen und sich über die Vorkommnisse des täglichen Lebens zu unterrichten. Im Hause abgesehen vom Leben, von tausend kleinen Sorgen in Anspruch genommen, die aber doch instände sind, den ganzen Menschen niederzudrücken, haben sich die Frauen ein gewisses kleinliches Wesen angeeignet. Ihr Verkehr sind in der Hauptsache die Kinder oder andere Frauen der Arbeiterklasse. Und so finden sie selten Gelegenheit, mit Menschen zusammenzukommen, von denen sie anderes hören, als das, was sie selbst beschäftigt. Den Heimarbeiterinnen ist es auch verlagert, im Arbeitsprozeß schon kennen zu lernen, was vereinte Kraft imstande ist zu bewirken. Ganz naturgemäß löst ein Handtucharbeiten, ein Angewiesensein auf die Mithilfe der übrigen Beschäftigten bei der Arbeit, den Gedanken aus, daß vereinte Kräfte Schwierigkeiten überwinden können. Dies Zusammenarbeiten der Berufstätiger hat wesentlich das siegreiche Vordringen des Organisationsgedankens in der Arbeiterklasse gefördert, wenn es auch dem Einzelnen weniger zum Bewußtsein kommt.

Eins aber mühten die organisierten Arbeiter auch gelernt haben: Die Verhältnisse eines Berufs wirken auf die anderer Berufe zurück. Bei der starken Anteilnahme der weiblichen Erwerbstätigkeit bildet ferner auch die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit eine direkte Gefahr für die Arbeitsbedingungen aller Berufe.

Der Einfluß der Mutter auf die junge Arbeiterin ist in der Regel sehr stark. Ist jene aber von der Notwendigkeit der Organisation aller Erwerbenden überzeugt, wird sie selbstverständlich ihre Tochter nicht hindern, sich der Gewerkschaft ihres Berufs anzuschließen, was heute noch sehr oft vorkommt. Auch nach dieser Richtung hin wird also Aufklärungsarbeit unter den Frauen gute Früchte tragen.

Würde der Mann gelegentlich seinen weiblichen Familienangehörigen von den Erfolgen der Organisation erzählen, würde er ebenso Uebergriffe des Unternehmertums zur Kenntnis bringen und anknüpfend an Vorgänge, die instände sind, das weibliche Empfinden geradezu aufzuspitzen, die Ursachen erläutern, und Schlußfolgerungen

ziehen, dann dürfte es doch wohl nicht unmöglich, ja nicht einmal schwer sein, die Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Natürlich darf auch nicht versäumt werden, die Frau über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu unterrichten. Dies geschieht aber nicht, wenn ihr aus der Zeitung nur die Geschichte und der lokale Teil überlassen wird. Hat die Frau kein Interesse oder keine Zeit, selber die Zeitung zu lesen, so muß der Mann versuchen, ihr über das, was er gelesen hat, kurz zu berichten. Hin und wieder wird sich bei gutem Willen hierzu schon Zeit finden.

Der gute Wille aber muß eben vorhanden sein und die Einsicht, daß es nicht genügt, wenn der Mann organisiert ist und „das viele Geld bezahlt“. Es besteht doch in den Reihen der organisierten Arbeiter wohl kaum noch darüber ein Zweifel, daß dies Geld gut angelegt ist. Es gewährt die Sicherheit, gegen Uebergriffe des Unternehmertums geschützt zu sein und Hinterhalt zu haben, wenn Erwerbsunfähigkeit oder andere Ursachen die Verdienstmöglichkeit beschränken.

Deshalb gehören die Berufsarbeiter — die männlichen wie die weiblichen — eben in die Organisation, die für ihr Gewerbe zuständig ist, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Tätigkeit.

Dies sollten endlich auch die organisierten Arbeiter einsehen, und mit aller Kraft dahin arbeiten, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zur Durchführung kommen und die erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen, die als Heimarbeiterinnen unter traurigen Bedingungen zur Erhaltung der Familie beitragen müssen, den zuständigen Organisationen zugeführt werden.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

III.

Die Finanzgebarung der Gewerkschaftskartelle.

Von den an der Statistik beteiligten 691 Kartellen erhalten 685 zur Deckung ihrer Ausgaben von den Gewerkschaften einen festen pro Mitglied und Jahr berechneten Beitrag. Unter diesen Kartellen befinden sich 118, welche von den Mitgliedern noch einen besonderen Beitrag für die Unterhaltung eines Arbeitersekretärs oder einer Rechtsanwaltskanzlei erheben.

Die Höhe der Beiträge ist sehr vielgestaltig. Es erheben einen Beitrag bis 20 Pf. 72 Kartelle mit 370 667 Mitgliedern, von 21 bis 40 Pf. 217 Kartelle mit 326 219 Mitgliedern, von 41 Pf. bis 1 Mk. 266 Kartelle mit 984 225 Mitgliedern, von 1,01 bis 2 Mk. 122 Kartelle mit 448 070 Mitgliedern und von über 2 Mk. 8 Kartelle mit 29 100 Mitgliedern. Die Gruppe der Kartelle mit einer Beitragsleistung von 41 Pf. bis 1 Mk. ist am stärksten vertreten, sie vereinigt auf sich 38,5 Proz. der gesamten Mitglieder. Bezeichnet man diese Gruppe als die der mittleren Beitragsleistung, so rangieren unter derselben mit einem Beitrag bis 40 Pf. 289 Kartelle gleich 41,8 Proz. mit 696 886 Mitgliedern gleich 32,3 Proz. und darüber, mit einem Beitrag von über 1 Mk. 130 Kartelle gleich 18,8 Proz. mit 477 170 Mitgliedern gleich 22,1 Proz. Die auf jedes Mitglied entfallende Durchschnittsleistung ist ständig gestiegen, sie betrug 1905 53,8 Pf., 1910 68,9 Pf. und 1911 73,5 Pf.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben machten 675 Kartelle. Diese hatten insgesamt eine Einnahme von 1 797 248 Mk. Davon entfallen auf Beiträge 946 089 Mk., Streifenumlagen 283 855 Mk., Ueberschüsse von festlichen Veranstaltungen und sonstigen Unternehmungen 567 304 Mk.

Die gesamte Ausgabe der 675 Kartelle belief sich auf 1 600 435 Mk., diese verteilt sich auf fol-

gende Posten: Agitation 105 928 M., Arbeitervertreterwahlen 28 342 M., statistische Erhebungen 6264 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 152 339 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 33 770 M., Sekretariate und Ausfuhrstellen 289 203 M., Bibliotheken und Lesebibliotheken 93 160 M., Streiks 309 046 M. (davon aus den Kartellkassen 25 191 M.), Verwaltungskosten 208 438 M., sonstige Ausgaben 379 024 M.

Die Kassenbestände der 675 Kartelle betragen am Schlusse des Jahres 1910 628 739 M. und am Schlusse des Jahres 1911 825 552 M. Es ist demnach eine Vermehrung der Kassenbestände von 196 813 M. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1911 gegenüber dem Jahre 1910 eine Vermehrung der Einnahme von 386 245 M. und eine Erhöhung der Ausgabe von 269 473 M.

Die Erhöhung der Ausgaben verteilt sich auf alle Posten, mit Ausnahme der Arbeitervertreterwahlen, bei denen gegen 1910 eine Verminderung der Ausgaben um 6625 M. eingetreten ist.

Für die Tabakarbeiter, welche von dem Unternehmertum in einen harten, langwierigen Kampf verwickelt wurden, brachten die Kartelle bis zum Schlusse des Jahres 1911 283 855 M. auf dem Wege der Sammlungen und 25 191 M. aus ihren Kassen auf.

Ueber die Kartelle der christlichen Gewerkschaften und die Ortsverbände der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wurden bisher von den betreffenden Organisationszentralen Uebersichten nicht veröffentlicht. Es kann deshalb die Statistik über „Die deutschen Gewerkschaftskartelle“ mit solchen Angaben nicht ergänzt werden. Auch in Zukunft wird auf derartige Erhebungen nicht zu rechnen sein, denn die Wirksamkeit der gegnerischen Kartelle ist zu unbedeutend, um das Licht der Öffentlichkeit vertragen zu können. Wie der allgemeine Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse sich unter dem vorherrschenden Einflusse der Zentralverbände vollzieht, so sind auch die Zweigvereine derselben vermöge ihres Zusammenschlusses in Kartellen maßgebend für alle Aufgaben, welche im Interesse der Arbeiter auf örtlichem Gebiete zu lösen sind und von deren Erfüllung die Statistiken alljährlich ein rühmliches Zeugnis ablegen. Wohin wir auch unsere Blicke wenden mögen, überall stoßen wir auf das fruchtbare Wirken der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Man kann es unter diesen Umständen nur bedauern, wenn die Einheit der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht vollständig ist und damit ihre Aktionen beeinträchtigt werden. Trotz alledem geht es vorwärts! Der Unverstand der Arbeiter, die heute noch abseits der wirtschaftlichen Kämpfe stehen oder sich von falschen Freunden gegen ihre eigenen proletarischen Interessen mißbrauchen lassen, wird doch der Erkenntnis weichen müssen, daß nur die Vereinigung aller Ausgeborenen in den freien Gewerkschaften den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse verbürgt.

Rundschau.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12.*) Die Verwaltung der unter dem Reichsamt des Innern stehenden Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt gibt soeben einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1911 heraus. Da ein solcher Bericht zum ersten Male erscheint, ist dem eigentlichen Bericht über die Tätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911 ein Ueberblick über die Entstehung, Einrichtung und Bestrebungen der Ausstellung vorausgeschickt. Da die darin enthaltenen Tatsachen den Lesern aus früher erschienenen Mitteilungen bekannt sein dürften, seien nur dem Jahresbericht einige Angaben entnommen.

1. Besuch.

Die Ausstellung wurde im Berichtsjahre von 25 257 männlichen und 996 weiblichen, insgesamt

26 253 Personen besucht, gegenüber 24 729 Besuchern im Jahre 1910. Außer den für die Einzelbesucher auf Wunsch veranstalteten Führungen fanden auf Grund vorheriger Anmeldungen wieder zahlreiche Gruppenführungen statt. Da die Einzelaufzählung der in Betracht kommenden Verbände, Organisationen und Vereine nicht gut möglich ist, sei nur angegeben, daß die Zahl dieser Führungen insgesamt 418 mit rund 14 700 Teilnehmern betrug. Regelmäßige Führungen werden veranstaltet von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, ferner für die Hörer der königlichen Technischen Hochschule zu Berlin, der königlichen Kriegsakademie sowie zahlreicher Fortbildungsschulen. Der Besuch vom Auslande war auch in diesem Jahre ein bemerkenswert hoher. So wurden u. a. fünf auswärtigen Studienkommissionen — einer englischen, einer rumänischen, einer amerikanischen, einer spanischen und einer dänischen — die Einrichtungen der Ausstellung eingehend erläutert. Die Gesamtzahl der die Ausstellung besuchenden Ausländer betrug 816.

2. Ausstellungsgegenstände.

Abgesehen von dem im Laufe des Jahres ständig stattfindenden Austausch veralteter Einrichtungen gegen neuere Konstruktionen, ist es gelungen, verschiedene interessante Neuerungen zur Vorführung zu bringen. Zunächst war die Verwaltung bemüht, das Gebiet der Elektrotechnik auszubauen, um einerseits die auf diesem Gebiete liegenden großen Gefahren, andererseits die Mittel zu ihrer Verhütung wirksam zur Anschauung zu bringen. Es ist zurzeit gelungen, eine Reihe der wichtigsten hierfür in Betracht kommenden Apparate und Gegenstände zur Ausstellung zu bringen. Ebenso wurden die Gruppen „Papier-Industrie“ und „polygraphische Gewerbe“, „Schutz gegen Feuer- und Explosionsgefahr“, „Metallbearbeitung“ wesentlich ergänzt. Die Darstellung des Nährwertgehaltes der gebräuchlichsten Nahrungsmittel in der Gruppe „Ernährung“ wurde entsprechend den heutigen Preisen berichtigt und damit einem bringenden Bunde zahlreicher Besucher entsprochen. Eine wesentliche Bereicherung erfuhr die Ausstellung durch zahlreiche von der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 überwiesene Maschinen, Modelle, Photographien usw. Nach einer Zusammenstellung beträgt die Anzahl der Ende des Jahres 1911 in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt vertretenen Aussteller 938, von denen 2123 Gegenstände ausgestellt sind.

3. Bibliothek.

Die allen Besuchern frei zur Verfügung stehende Bibliothek wurde im Berichtsjahre um einige Werke vermehrt, so daß sie zurzeit etwa 600 Bände aus dem Gebiete des Unfallschutzes, der Gewerbehygiene und der sozialen Hygiene zählt. Ein Katalog wird demnächst herausgegeben werden. Es liegen zurzeit 12 Fachzeitschriften aus, außerdem die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Jahres- und Verwaltungsberichte der gewerblichen Berufsvereinigungen. Die Verwaltung wurde auch im Jahre 1911 in wachsendem Umfange um Auskünfte angegangen, die sich namentlich auf die Nennung von Bezugsquellen für bewährte Einrichtungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bezogen. Es wurde daher der Bibliothek eine Ausgabe von Katalogen und Prospekten von Firmen angegliedert, die als Bezugsquellen in Betracht kommen können. Die Ausgabe soll zugleich dem einzelnen Gewerbetreibenden die Möglichkeit geben, sich ohne zeitraubende Umfragen über Firmen, die Maschinen mit Schutzvorrichtungen, sowie sonstige Einrichtungen aus dem Gebiete des Unfallschutzes und der Gewerbehygiene liefern, zu orientieren.

4. Vorträge.

Der Vortragsaal wurde in der Hauptfache nur zu Vorträgen für größere Besucherguppen benutzt, in denen von Seiten der Verwaltung oder des betreffenden Veranstalter der Beschäftigung der Befreiungen der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt des näheren erläutert wurden. Ein neu zur Ausstellung gelangter Projektionsapparat der Firma Schmidt und Haensch, Berlin, ermöglicht es fortan, die Vorträge durch geeignete Lichtbilder zu ergänzen.

5. Beteiligung an auswärtigen Ausstellungen.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, Abteilung „Veruf und Arbeit“, wurde mit Photographien besichtigt, die das Ausstellungsgebäude und einige besonders charakte-

ristische Ausstellungsgegenstände zur Darstellung brachten.

Eine Gruppe von Bildern aus der Ausstellungshalle, sowie zwei Grundrisse des verfügbaren Ausstellungsraumes beschließen den Bericht. Der Bericht, der in Zukunft in jedem Jahre erscheinen wird, steht Interessenten unentgeltlich zur Verfügung.

Ein offenes Geständnis. Bei einem staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildungskursus, der vor kurzem in Jena stattfand, an dem aber, insofern die 10 Mark betragenden Honorare, nur Juristen und Verwaltungsbeamte teilnehmen konnten, wurde ein für die Arbeiterbewegung wichtiges Geständnis in Bezug auf die freien Gewerkschaften abgegeben. Und nicht etwa daß ein Laie diese Frage behandelte; es war der Syndikus des Verbandes Thüringer Industrieller Dr. Stappf aus Weimar, der in einem Vortrage über die thüringische Industrie auf die Arbeiterverhältnisse zu sprechen kam und über die freien Gewerkschaften folgendes Urteil abgab:

„Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie versehen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitstollegen zu vertreten und — das weiß ich aus eigener Erfahrung — sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in dem in Frage kommenden Berufszweige und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben.“

Was der Syndikus Dr. Stappf sagt, ist ja allgemein bekannt; aber in einer Zeit, in der ein großer Verleumdungskampagne gegen die freien Gewerkschaften ins Werk gesetzt wird, ist es doppelt angebracht, dieses Urteil in weiteste Kreise zu tragen.

Die Generalversammlung des Schmiedeverbandes, die vom 2. bis 7. Juni im Volkshause zu Düsseldorf tagte, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der den Mitgliedern des Verbandes der Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband empfohlen wird. „Beschließen, die Mitglieder mit Stimmenmehrheit in der noch vorzunehmenden Urabstimmung den Uebertritt, so erfolgt dieser am 1. Oktober 1912.“

Staatliche Anerkennung des Achtstundentages. Der Senat in Washington hat eine Vorlage des Repräsentantenhauses angenommen, wonach jeder Kontrakt, der von der amerikanischen Regierung abgeschlossen wird, einen Paragraphen enthalten muß, daß kein Handwerker oder Arbeiter mehr als acht Stunden täglich arbeiten darf.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter. Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von H. Bommeli. 21. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit zwei farbigen Tafeln und 40 Abbildungen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Chronik. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archaischen Formationen. — Das Altertum der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Keuzzeit oder das kanozoische Weltalter.

Preis eines jeden Bändchens 75 Pfennig, gebunden 1,— M. Vereinspreis 50 Pfennig.

Im selben Verlag ist soeben erschienen: Die rote Feldpost unterm Sozialkesselfest. Von F. Dell. Preis für das gebundene Exemplar 1,— M.

Die jetzt zu einem Buche zusammengefaßten Feuilletons sind vor einiger Zeit in einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden. An den Verfasser wurde von verschiedenen Seiten das Ersuchen gestellt, das Ganze als Buch herauszugeben, dem er hiernit nachkommt. Er glaubte jedoch, daß eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren dem Buche vorangestellt werden müsse, da es für die junge Generation der Arbeiter nicht ganz ohne Nutzen und Interesse sein dürfte, zu erfahren, wie sich der Werdegang des Arbeiters und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltet. Er hofft, daß auch die vorliegende Ausgabe noch recht viele Leser finden werde.

*) Besuch ist unentgeltlich. Besuchszeit: Wochentags, mit Ausnahme des Montags, von 10 bis 1 Uhr, Dienstags und Donnerstags auch abends von 6 bis 9 Uhr, Sonntags von 1 bis 5 Uhr.